

08.05.2014

Niederschrift Soz/001/2014

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie

am 01.04.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße
17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Kreistagmitglieder SPD

Frau Christel Ciecior

Herr Rolf Erdmann

Herr Jens Hebebrand

Herr Dirk Kolar

Frau Ursula Lindstedt

Herr Gerd Oldenburg

Sachkundige Bürger/innen SPD

Frau Eleonore Köth-Feige

Herr Siegfried Pogadl

Herr Klaus-Peter Winkler

Kreistagmitglieder CDU

Herr Michael Blandowski

Frau Marlies Deppe

Herr Paul-Heinz Kranemann

Herr Gerhard Meyer

Frau Ursula Sopora

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Kreistagmitglieder FDP

Frau Heike Schaumann

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Rainer Seepe

Kreistagmitglieder DIE LINKE.

Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder FWG

Herr Helmut Stalz

Kreistagmitglieder GFL

Rudolf Mroncz

Verwaltung

Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent

Herr Norbert Diekmännken, Fachbereichsleiter

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | | Jobcenter Kreis Unna |
| Punkt 2.1 | | Förderung "Wirtschaft inklusiv" - Inklusionsinitiative für Ausbildung und Beschäftigung; (siehe DS 172/13) |
| Punkt 2.2 | | Anfrage zu den Kosten der Unterkunft (siehe DS 205/13) |
| Punkt 2.3 | | Sofortprogramm Wirtschaft- und Beschäftigungsförderung (siehe DS 140/13);
Mündlicher Bericht |
| Punkt 3 | 047/14 | Kennzahlenvergleich Ausschöpfungsquote Bildung und Teilhabe NRW |
| Punkt 4 | | Neuorganisation der Pflegeberatung, Wohnberatung und der psychosozialen Beratung (PSB);
Bericht zu dem neuen Trägerverbund |
| Punkt 5 | 049/14 | Fortführung der Schulsozialarbeit im Schuljahr 2014/2015 |
| Punkt 6 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Punkt 2.2**Anfrage zu den Kosten der Unterkunft (siehe DS 205/13)**Erörterung

Herr Sparbrod teilt mit, dass die zur Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefertigte, umfangreiche Antwort des Jobcenters Kreis Unna zur Information an die Fraktionen weitergeleitet worden sei. Die Antwort zur Anfrage kann online über das Kreistagsinformationssystem „SessionNet“, als Anlage zur Drucksache 205/13, eingesehen werden.

Punkt 2.3**Sofortprogramm Wirtschaft- und Beschäftigungsförderung (siehe DS 140/13);
Mündlicher Bericht**Erörterung

Herr Sparbrod führt aus, dass in der heutigen Sitzung eine Antwort in Kurzform erfolge und eine detaillierte Beantwortung zur Niederschrift gegeben werde; die Antwort ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt. In Zusammenarbeit mit dem Jobcenter hätte die Verwaltung versucht, die einzelnen Punkte im Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm widerzuspiegeln. Anstelle der Bildung eines weiteren Beirates für das Jobcenter hätten die Bürgermeister den Vorschlag unterbreitet, dass sich mit den Inhalten aus dem SGB II die Sozial- und Jugenddezernenten des Kreises Unna und der Städte und Gemeinden beschäftigen mögen. Die Dezernenten seien von dieser Idee angetan und eine erste Sitzung fände im Mai 2014 statt.

Punkt 3 047/14**Kennzahlenvergleich Ausschöpfungsquote Bildung und Teilhabe NRW**Erörterung

Herr Diekmännken erläutert die Drucksache und teilt mit, dass es Initiativen gebe, auch von den Landtagsabgeordneten getragen, die zu einer größeren Verteilungsgerechtigkeit innerhalb von Nordrhein-Westfalen führen solle. Das Ministerium hätte dies wohl erkannt und einen Gutachter beauftragt. Dieser solle eine praktikable Abrechnungssystematik entwickeln, so dass alle Regionen auskömmlich finanziert würden. Die Mittel seien gedeckelt und somit könne das Land auch nur die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel weitergeben.

Herr Meyer äußert, dass es trotz einer eventuell einziehenden höheren Gerechtigkeit bei einer Unterdeckung bleiben könnte, denn die Mittel seien begrenzt worden.

Herr Sparbrod teilt mit, dass die Kommunen sich einheitlich für eine Spitzabrechnung ausgesprochen hätten. Er gehe demnach davon aus, dass sich die Kommunen bei einer Umsetzung bzw. Durchsetzung der Spitzabrechnung auf der sichereren Ebene befinden würden. Aber man wisse eben nicht, wie sich die Fallzahlen insgesamt entwickelten.

Herr Stalz (Gruppe FWG) fragt nach, ob bekannt sei, warum der Kreis Steinfurt viermal so viele Antragstellungen wie der Kreis Unna im Jahr 2013 gehabt hätte. Des Weiteren läge bei der Stadt Düsseldorf ein Drittel der Antragstellungen des Kreises Steinfurt vor, aber der Stadt Düsseldorf seien erheblich mehr Mittel zugeflossen. Dafür hätte er ebenfalls gerne eine entsprechende Erklärung.

Frau Schaumann (FDP-Fraktion) führt aus, dass nicht Presseberichte, sondern Drucksachen die Diskussionsgrundlage für eine Abstimmung bilden würden. Die Drucksache hätte erst kurz vor der Sitzung vorgelegen. Bisher sei es bei Beratungsbedarf einer Fraktion bzw. Gruppe immer so gewesen, dass die entsprechende Beschlussempfehlung geschoben worden sei. Inhaltlich stehe sie zu dem Beschlussvorschlag und sicherlich werde der Kreistag hierzu eine positive Entscheidung treffen. Die FDP-Fraktion melde somit auch heute Beratungsbedarf an und werde sich, sofern es zu einer Abstimmung komme, enthalten.

Die Gruppe FWG stimme der Drucksache zu, so Herr Stalz. Insgesamt seien sich wohl alle darüber einig, dass mit der Schulsozialarbeit eine sehr wertvolle gesellschaftliche Arbeit geleistet werde. An einer Finanzierung der Schulsozialarbeit müssten sich sowohl Bund, Land als auch Kommunen beteiligen. Es handele sich um eine gesamtgesellschaftliche und nicht, wie von der Bundesarbeitsministerin dargestellt, um eine schulspezifische Aufgabe. In diesem Zusammenhang müsse auch darauf hingewiesen werden, dass 57 Prozent der Schulsozialarbeiter nur befristete Verträge hätten.

Die CDU-Fraktion stehe der Schulsozialarbeit durchaus positiv und aufgeschlossen gegenüber und stimme der Drucksache zu, so Herr Meyer. Trotzdem weise er darauf hin, dass der Landrat im letzten Sommer darum gebeten worden sei, bei der Landesregierung für die Fortführung der Schulsozialarbeit zu werben. Bereits zum damaligen Zeitpunkt sei der CDU-Fraktion verfassungsrechtlich klar gewesen, dass hier das Land in der Pflicht stehe. Diesbezüglich hätte man damals die Entscheidung getroffen, sich vorrangig an den Bund zu wenden; einen Versuch sei es durchaus wert gewesen. Die sozialdemokratische Bundesarbeitsministerin vertrete die gleiche Rechtsauffassung wie die CDU-Fraktion, dass es eine Aufgabe des Landes sei. Er vermisse in dieser Drucksache den klaren Versuch, genauso wie damals an den Bund, jetzt an das Land heranzutreten und darauf hinzuweisen, dass es eine verfassungsrechtliche Aufgabe des Landes sei und von dort sicherzustellen sei. Er möchte noch einmal die klare Aufforderung an den Landrat betonen, sich an die Landesregierung zu wenden und für die Schulsozialarbeit zu werben.

Herr Sparbrod führt aus, dass der Landrat das Ministerium am 13.02.2014 angeschrieben und die Problematik dargelegt hätte. Herr Sparbrod selbst habe in Düsseldorf an einem Aufsichtsgespräch teilgenommen. Dort sei deutlich gemacht worden, wie die Schulsozialarbeit weiter finanziert werden könnte und zwar nur der Hinweis auf Bildung und Teilhabe. Mit dem Staatssekretär, Herrn Dr. Schäffer, sei diskutiert worden. Das Land hätte beim Bund diese Thematik nochmal vorgebracht. Im Koalitionsvertrag ständen sechs Milliarden Euro zur Verbesserung der Finanzsituation der Städte und Gemeinden und es gebe auch nach wie vor den Vorschlag, aus diesem Paket 400 Millionen Euro (ungefähre Kosten der Schulsozialarbeit) herauszulösen und separat für die Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen. Es lägen aber noch keine Entscheidungen vor.

Die SPD-Fraktion wünsche die heutige Abstimmung und werde der Drucksache zustimmen, so Frau Lindstedt.

Für die Fraktion DIE LINKE. sowie für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließen sich Herr Sell und Herr Bangert der Ausführung an. Herr Bangert weist auf die aktuell veröffentlichten Ergebnisse der PISA-Studie hin. Auch daraus gehe hervor, dass Schulsozialarbeit langfristig etabliert werden müsse.

Frau Schaumann teilt mit, dass ihr die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit durchaus bewusst sei. Sie wünsche sich, dass alle Quellen erschlossen würden, sowohl über den Bund als auch über das Land. Es handele sich aber auch um eine präventive Aufgabe der Jugendhilfe und somit müssten die Kommunen ebenfalls aktiv werden. Die Wichtigkeit der Aufgabe sei unstrittig und die Enthaltung der FDP-Fraktion gelte mehr dem Beratungsbedarf und nicht dem Inhalt.

17.12.2013 sei im Kreistag die bisher bestehende Zielvereinbarung verlängert worden. Die Verwaltung habe inhaltlich einige Änderungswünsche. Allerdings werde zurzeit noch von einer Drucksache abgesehen, da die freie Stelle der Kinderärztin im Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz bisher nicht hätte nachbesetzt werden können. Zurzeit gebe es daher einige Probleme mit der Bearbeitung der dortigen Fälle. Zwischenzeitlich sei entschieden worden, die Stelle mit einer heilpädagogischen Fachkraft zu besetzen, das Auswahlverfahren liefe und eine Entscheidung folge in Kürze. Sobald die neue Kollegin bzw. der neue Kollege sich im Dienst befände und die Rahmenbedingungen abgesteckt worden seien, werde eine Drucksache vorgelegt. Dies geschehe voraussichtlich erst nach der Kommunalwahl.

Herr Kranemann führt aus, dass für das Personal im IT-Bereich die Zulagen und ähnliches der freien Wirtschaft angepasst und gezahlt würden. Das halte er auch für durchaus wichtig und vor allem richtig. Aber er frage sich, warum man nicht genauso im Gesundheitsbereich agieren würde. Dort könnte ebenfalls eine Aufstockung des Gehaltes bzw. eine Zulage, angepasst an die freie Wirtschaft, erfolgen. Gerade im Bereich der Kinder sei es von Bedeutung, dass Fachkräfte vorhanden seien. Dies stelle keineswegs eine Abstufung anderer Personen dar, er möchte nur anregen, darüber nachzudenken.

Herr Sparbrod schlägt vor, die Anregung mit in die Verwaltung zu nehmen, denn er kenne sich mit den Rahmenbedingungen zum Personaleinsatz und deren Bezahlung nicht aus.

Herr Nadolski-Voigt bedankt sich für die gute Zusammenarbeit innerhalb dieser Wahlperiode und wünscht alles Gute.

Anlagen

1. Sofortprogramm Wirtschaft- und Beschäftigungsförderung – Antwort der Verwaltung
2. Information zur Neuorganisation der Pflege- und Wohnberatung und der psychosozialen Beratung (PSB)

gez. Jochen Nadolski-Voigt
Vorsitzender

gez. Birgit Scholz
Schriftführerin